Wenn eine solche Bestimmung im Vertrage vorhanden wäre, so würde z. B. von Getreide gegenwärtig 20 ℳ Zoll erhoben werden. Angesichts des Vertrages möchte man fast auszusprechen, daß solche Sultane bessere Menschen sind als mancher deutsche Staatsmann. Ich habe mit Genugthuung aus den Zeitungen entnommen, daß die Regierung sich besonders lebhaft und mit Erfolg verwandt hat, um die Ausfuhr von Getreide aus Marokko nach Deutschland zu erleichtern. Der Sultan hat sich verpflichtet, die Ausfuhrzölle entweder aufzuheben oder auf einen sehr mäßigen Ertrag herabzusetzen. Um so bedauerlicher ist es, daß man in anderer Beziehung die Uebergangszeile in der gegenwärtigen Situation aufrecht erhält und damit die Barrikaden bestehen läßt, die die Ausfuhrerleichterung von Getreide von anderen Staaten in ihrer Wirkung mehr als neutralisiren. Auch die Verhandlungen mit Oesterreich versprechen zu höchstens vom nächstkommenden Jahre ab eine Ermäßigung der Getreidezölle. Inzwischen steigen die Getreidepreise fortgesetzt, und auch wenn Marokko die Erwartungen noch so vollständig erfüllt, die in Bezug auf diesen Vertrag gehegt werden, so wird dies wenig verschlagen gegenüber dem Mangel an Lebensmitteln, der bei uns auszubrechen droht, seitdem die Witterung so ungünstig in den letzten Monaten gewesen ist. Die Roggenpreise sind in Berlin während des ganzen April über 180 ℳ gewesen. Als im Jahre 1887 der Zoll auf den gegenwärtigen Betrag erhöht wurde, stellte bekanntlich die freikonservativer Abgeordneter den Antrag, daß in dem Fall, wenn 60 Tage der Roggenpreis eine solche Höhe erreicht habe, eine Zollermäßigung eingetreten habe. Es wurde darauf erwidert, daß, wenn der Fall eintrete . . . . . .

Vizepräsident Graf v. Ballestrem: Ich möchte den Redner doch bitten, sich von dem Gegenstande unserer Tagesordnung nicht zu weit zu entfernen.

Abg. Richter (fortfahrend): Ich sollte meinen, daß, nachdem das Haus drei Stunden eine Anzahl von Reden, denen man einen gewissen nationalen Schwung nicht absprechen kann, angehört hat, welche den Zweck hatten, die Möglichkeit des steuerfreien Hausbrunks nachzuweisen, man die erste Veranlassung ergreifen sollte, darauf hinzuweisen, daß das vollfreie Brot für Millionen viel wichtiger ist, als der steuerfreie Trunk für die Brenner. Ich habe nicht die Absicht, auf diese Zustände hier näher einzugehen, es würde so angezeigt sein, angesichts der augenblicklichen Lage der Getreidepreise eine Interpellation darüber einzubringen, ich halte das aber nicht für erforderlich, da wir in den nächsten Tagen einen Nachtragsetat zu berathen haben werden; ich beschränke mich daher auf die Ankündigung, daß ich bei diesem Nachtragsetat an die Regierung die Anfrage stellen werde, welche vollpolitischen Maßnahmen sie beabsichtigt eintreten zu lassen, um der in beunruhigender Weise zunehmenden Vertheuerung des Getreides und des Brotes entgegenzutreten.

Der Vertrag wird darauf ohne weitere Debatte endgültig genehmigt.

Es folgt die dritte Berathung über das internationale Uebereinkommen betreffend den Eisenbahnfrachtverkehr.

In der Spezialdiskussion über Artikel 10, welcher von der Zollabfertigung handelt, wiederholt Abg. Hammacher an die verbündeten Regierungen die Bitte, daß dieselben zur Beruhigung weitester Geschäftskreise eine Erklärung dahin abgeben möchten, daß der Versender in Deutschland auch nach dem Inkrafttreten des internationalen Frachtvertrags das Recht habe, für die Zollabfertigung auf der Grenzstation eine Mittelsperson vorzuschlagen.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Dr. Schulz: Ich bin ja nicht in der Lage, namens der verbündeten Regierungen dahin in dem gewünschten Sinne eine Erklärung abgeben zu können, aber ich glaube, wie es in der Kommission wieder holt erklärt worden ist, auch an das Haus die Bitte richten zu dürfen, zu vertrauen, daß die verbündeten Regierungen wie bei den Verhandlungen des internationalen Vertrages auch später die Interessen von Handel und Gewerbe aufs Beste wahrnehmen werden.

Der G.C., betreffend das Reichsschuldbuch wird in erster Lesung ohne Debatte erledigt und in zweiter Lesung im Einzelnen unverändert angenommen.

Als nächster Gegenstand steht auf der Tagesordnung die erste Berathung des am 14. Mai 1890 von den Abgg. Hirsch, Oberty, Hänel, Schneider und Schrader eingebrachten G.C., betreffend die eingetragenen Berufsvereine.

Vor dem Eintritt in die erste Lesung wird jedoch von Seiten der Reichspartei die Vertagung beantragt und vom Hause beschlossen.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Nachtragsetat; dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle.)

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 2. Mai 1891. 11 Uhr.

Nachdem die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses ohne Debatte genehmigt, folgte der Etat der Ansiedlungskommission, über welchen der Abg. Conrad-Flatow Namens der Budgetkommission berichtet; er schil-

---

Frl. Martha Bär vom Stadttheater in Bremen ein auf Engagement abzielendes Gastspiel beginnen.

* Im Lessing-Theater beschließt heute Friedrich Haase als Graf Thorane im „Königsleutenant" und Chevalier Rocheferrier in „Einer Partie Piquet" sein Gastspiel, das bei den Künstlern und dem Theater so reichen Erfolg gebracht hat. Im Uebrigen ist der Spielplan für diese Woche, wie folgt, festgestellt: Montag „Die Ehre", Dienstag „Nora", Mittwoch erstes Wiederauftreten von Josef Kainz: „Der Traum ein Leben", Donnerstag „Ehrenmidor", Freitag „Sodoms Ende" (Willy Jankow: Josef Kainz), Sonnabend „Ultimo".

* Im Berliner Theater kommen heute Nachmittag die drei Einakter „Verschollen", „Es hat so sollen sein" und „Hektor" zur Aufführung, am Abend wird zum 50. Male „Der Bellchenfresser" gegeben in der Bearbeitungen spielt Frl. Lonbeun, durch deren Eintreten für eine erkrankte Kollegin Auscha Butze die Vorstellungen ermöglicht wurden. Morgen geht neu einstudirt „Rosenkrang und Güldenstern" in Szene, das am Dienstag und Sonnabend und nächsten Sonntag Nachmittag wiederholt wird. Am Mittwoch kommt das einaktige Lustspiel von Max Bernstein „Im Fluß" zur Aufführung, dazu gesellen sich Hopfen's „Es hat so sollen sein" und neu einstudirt „Herzenfang". Am Donnerstag (Himmelfahrtstag) wird Nachmittags „Der Bellchenfresser" und Abends „Schuldig" gegeben. Der Freitag bringt eine Wiederholung von „Artel Kressa" mit Ludwig Barnay in der Titelrolle. Die Abendvorstellungen beginnen um ½8 Uhr.

* Francesco d'Andrade singt heute seine vorletzte Gastpartie bei Kroll, den „Renato" in Verdi's „Maskenball". Es wirken bei dieser Aufführung mit Frl. Prosky (Amelia), Frl. Schacko (Page) und Frl. Finkenstein (Ulrika), Hr. Alma als Riccardi. Morgen verabschiedet sich der Künstler mit einer Wiederholung seines „Don Juan", ebenso Marie Lehmann als „Elvira". Am Mittwoch debütirt Herr Hirschfeld von Kölner Stadttheater als „Lyonel" in Flotow's „Martha".

* „Der Millionenbauer", der im Thomas-Theater heute als letzte Sonntagsvorstellung aufgeführt wird, geht am Dienstag, den 5. Mai, zum Benefiz des Herrn Emil Kirch in Szene, der die Rolle des aus dem Verbande des Theaters ausgeschiedenen Herrn Kettner übernommen hat.

---

dert die Thätigkeit der Kommission, die ihre segensreiche Wirksamkeit hauptsächlich dem bisherigen Präsidenten der Kommission, dem Grafen Zedlitz, verdankt. Der Referent schließt mit dem Wunsche, daß auch unter dem neuen Leiter die Arbeiten einen gedeihlichen Fortgang nehmen mögen.

Abg. v. Jazdzewski erklärt, daß der Referent von der Kommission nicht beauftragt sei, ein Votum auf die Kommission zu singen; er habe dagegen in der Budgetkommission schon Protest erhoben. Nur die geringe Zahl der polnischen Stimmen habe seine Freunde abgehalten, den Antrag wegen Aufhebung dieses, den Staat und die Provinz schädigenden Gesetzes einzubringen. Seine Freunde seien jetzt der Ansicht, daß gute Früchte erzielt worden seien. Das Gesetz habe politisch und wirthschaftlich Fiasko gemacht. Die Regierung hat 30 Millionen Mark für Erwerbungen ausgegeben; sie hat mehrfach bei Subhastationen gekauft. Das ist eine Einmischung in Privatverhältnisse, eine Beeinflussung der Kaufluft Privater, die nicht berechtigt ist. (Lauts: Die Polen haben ein schönes Stück Geld bekommen!) Allerdings, Geld hat der Staat bezahlt, aber den Verkäufern ist das Geld nicht immer voll zu Gute gekommen. Die Regierung verdeckt ihren Zweck; es wird nicht bloß eine Germanisirung der Provinz beabsichtigt, sondern auch eine Evangelisirung. (Widerspruch.) Das beweisen die Zahlen, denn unter circa 600 Ansiedlern sind nur 59 Katholiken. Den Ansiedlern kommt man sehr entgegen, das kostet aber sehr viel Geld, und das Ergebniß ist deshalb nicht sehr bedeutend. Politisch hat das Gesetz garnicht gewirkt; der Gegensatz zwischen Polen und Deutschen ist nicht beseitigt oder abgeschwächt worden. Das müssen die Herren aus Westpreußen und auch die Staatsregierung bestätigen. Die Gegensätze sind innerlich sehr viel stärker geworden. Die Polen, welche an die Ansiedelungskommission verkauft haben, leiden an einem moralischen Druck, und der Vorwurf kann den Polen nicht erspart werden, daß sie die Notlage der einzelnen polnischen Landwirthe ausgenutzt hat, um einen Druck auf sie auszuüben, ihr alt ererbtes Besitzthum aufzugeben. Ich möchte an die Staatsregierung eine Mahnung und eine Bitte richten. Jeder Pole soll ein Ausdruck des Rechtes sein; dieses Gesetz ist der Ausdruck des Unrechtes, denn ein Theil der preußischen Bevölkerung, von welchem verlangt wird, daß sie zu diesen Millionen beträgt, der aber von den Wohlthaten ausgeschlossen ist, wird degradirt; das erregt Mißgunst und Haß. Nachdem aus dem Staatsministerium die Männer gewichen sind, welche die Förderer dieses Unternehmens gewesen sind, ist die Zeit gekommen, wo die Staatsregierung unterlassen sollte, ob das Gesetz nicht aufgehoben werden sollte. Wenn die Staatsregierung das Gesetz beseitigen will, dann werden es die Parteien auch wollen. (Widerspruch rechts), wie das Gesetz der Regierung auf höhere Anregung angetragen worden ist. Ich richte an den Ministerpräsidenten die Frage, ob die Regierung noch auf demselben Standpunkte steht, wie Fürst Bismarck bei Erlaß des Gesetzes. Ich würde der Erwägung der Staatsregierung anheimgeben, ob es nicht thunlich wäre, dem Gesetze eine andere Grundlage zu geben, nämlich dasselbe auf den ganzen Staat Preußen auszudehnen; dadurch würde die politische Spitze genommen werden, welche immer ein Dorn im Fleische der Betheiligten ist.

Reichskanzler v. Caprivi: Der Herr Abgeordnete hat vorhergesehen und wiederholt geäußert, daß ein Theil seiner Behauptungen bestritten werden würde. Ich bin im Namen der Staatsregierung in der Lage, hiervon Gebrauch zu machen und zunächst zu widerstreiten der Behauptung, daß die Staatsregierung gewillt sei, durch die Benutzung des Ansiedlungsgesetzes die Provinz Posen zu evangelisiren. (Sehr richtig!) Der Herr Abgeordnete ist den Beweis dafür schuldig geblieben. Seine Behauptungen entbehren nach Ansicht der Staatsregierung der thatsächlichen Begründung.

Er hat dann weiter an die Regierung die Frage gerichtet, ob sie gewillt sei, das jetzige Gesetz zu verändern. Ich muß diese Frage verneinen. Die Staatsregierung ist nicht gewillt, das jetzige Gesetz zu verändern. (Bravo!)

Der Abgeordnete motivirt seinen Wunsch damit zunächst, daß das Gesetz nicht gewirkt habe, weder wirthschaftlich noch politisch. Die Staatsregierung kann diese seine Ansicht nicht theilen, aber selbst wenn sie sie theilte, würde sie nicht geneigt sein, zur Aufhebung des Gesetzes Schritte zu thun. Denn daß ein Gesetz der Art in fünf Jahren keine Erfolge haben kann, die offen zu Tage liegen, die sich Jedermann fühlbar machen, das ist an sich nichts Ueberraschendes. Die Staatsregierung hat die Folgen dieses Gesetzes wahrgenommen und erwartet, daß, wenn das Gesetz länger in Gültigkeit bleibt, diese Folgen sichtbarer werden werden.

Der Herr Abgeordnete sagt dann weiter: „Die Staatsregierung will die Polen los werden." Auch diese seine Behauptung muß ich bestreiten. Wir wollen die Polen nicht los werden, wir wollen mit ihnen gemeinsam leben; aber wir wollen unter den-

---

* Das Adolph Ernst-Theater bietet durch seinen Garten, welcher selbst bei vollständig besetztem Hause sämmtliche Besucher unterzubringen vermag, sowohl vor Beginn der Vorstellung, wie auch in den Zwischenpausen einen angenehmen Aufenthalt. Auch im Theater herrscht in Folge der neuerdings angebrachten umfangreichen Ventilationsvorrichtungen stets eine wohlthuende Temperatur. — Die morgige Vorstellung von „Adam und Eva" findet zum Vortheil des Herrn C. Schmasow statt, der an diesem seinem Ehrenabend die Rolle des Adam spielt.

* Heute findet im Belle-Alliance-Theater der erste „billige Sonntag" statt (Eintrittspreis 50 ₰).

* C. A. Raida ist gegenwärtig mit der Vollendung einer romantischen Volksoper beschäftigt, deren Handlung dem Hauff'schen Lichtenstein entnommen ist.

Musikalisches. * Zum Besten der Wittwen und Waisen Berliner Lehrer findet am 6. d., Abends 8 Uhr, im Philharmonischen Saal eine Stiftung des Prof. Joachim eine große Aufführung statt. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Frau Prof. Schmidt-Köhne, die Herren Prof. Schmidt, Hauptstein, Boegner, das Orchester und der Männerchor der Hochschule für Musik, der Sängerbund des Berliner Lehrervereins. Zum Vortrag kommen „Fritzjof" von Max Bruch und die 3. Symphonie von Schumann. — Karten bei Bote u. Bock und an der Abendkasse.

* Am 1. Oktober kommen zwei Stipendien der Felix Mendelssohn-Bartholdy'schen Stiftung für bedürftige und strebsame Musiker zur Verleihung. Jedes derselben beträgt 1500 ℳ. Das eine ist für Komponisten, das andere für ausübende Tonkünstler bestimmt. Die Verleihung erfolgt an Schüler der in Deutschland dem Staat subventionirten musikalischen Ausbildungsinstitute, ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts, der Religion und der Nationalität. Bewerbungen bis zum 1. Juli d. J. an das Kuratorium für die Verwaltung der Felix Mendelssohn-Bartholdy-Stipendien, Berlin W., Behrenstraße 72 einzureichen.

---

jenigen Bedingungen mit ihnen gemeinsam leben, die das Wohl und die Erhaltung des preußischen Staates fordert. (Sehr richtig!) Die Verhältnisse in der Provinz Posen haben sich im Laufe der fünf Jahre nicht so geändert, daß die Regierung diejenigen Mittel, die sie damals für nöthig gehalten hat, um die Zugehörigkeit der Provinz Posen zum preußischen Staate zum vollen Ausdruck zu bringen, aus der Hand geben könnte. Ich glaube nicht, daß in den letzten Jahren das germanische Element gegen das polnische in der Provinz Posen vorgeschritten ist. Im Allgemeinen ist in den Jahren von 1867 bis 1886 eine Zunahme der Polen zu konstatiren gewesen; während im Jahre 1867 der Prozent, sah der Gesammtbevölkerung, der rein polnische Familiensprache hatte, sich auf 54,86 pCt. bezifferte, waren es 1886 57,69 pCt. geworden. (Hört, hört!) Ich bin nicht in der Lage, für das laufende Jahr eine Zahl anzuführen — wir sind noch nicht in deren Besitz — aber ich halte es für wahrscheinlich, daß ein Rückgang des polnischen Elements nicht stattgefunden hat, und zwar aus verschiedenen Gründen. Einmal befinden wir uns in einer Bewegung, die eine gewisse Aehnlichkeit mit der Völkerwanderung hat. Sie vollzieht sich mit modernen Mitteln; es ist aber eine Bewegung von Osten nach dem Westen da. Diese Bewegung hält nicht still an unseren östlichen Grenzen, sondern sie setzt sich von da aus weiter fort. Ich halte es für wahrscheinlich, daß, wie es in anderen Grenzprovinzen ist, so auch in der Provinz Posen im letzten Jahre ein erhöhter Zuzug nicht deutscher Elemente, trotz des Ansiedelungsgesetzes, stattgefunden haben wird. Ich halte weiter für wahrscheinlich, daß das polnische Element an Zahl zugenommen hat, weil es bis dahin ein statistisch festgesetzter Erfahrungssatz gewesen ist, daß die polnischen Ehen im Durchschnitt um ein Kind reicher sind, wie die germanischen Ehen. (Heiterkeit.) Also auch dieses Naturgesetz wirkt dahin, das polnische Element nicht zu schwächen.

Wenn dies eine Betrachtung ist, die die numerischen Verhältnisse betrifft, so glaube ich, daß auch dem inneren Werthe nach das polnische Element nicht zurückgegangen ist. Unter der preußischen Regierung und mit der Beihülfe der preußischen Regierung, nicht zum wenigsten durch die Säkularisation der polnischen Klöster, aus denen die Mittel zur Dotirung polnischer Schulen und Gymnasien hergenommen wurden, ist ein Mittelstand in der Provinz Posen entstanden, der eine kräftige Stütze des polnischen Elements bildet, so daß ich der Meinung bin: nicht nur numerisch, sondern auch innerlich hat das polnische Element zugenommen.

Nun sind, seit die jetzige Regierung diese Plätze einnimmt, von Seiten polnischer Abgeordneten hier und da Aeußerungen laut geworden, die darauf schließen lassen, daß man polnischerseits gewillt sei, eine veränderte Stellung der preußischen Regierung und dem preußischen Staate gegenüber einzunehmen.

Der Herr Abgeordnete hat die Frage an mich gerichtet, ob die jetzige Regierung den Standpunkt des Fürsten Bismarck einnimmt, und hat diesen Standpunkt nachher dahin präzisirt, daß er ein haßerfüllter gegen die Polen gewesen sei. (Sehr richtig! bei den Polen.) Ich muß dem Herrn Abgeordneten überlassen, mit seinem Gewissen sich darüber einig zu werden, ob dieser Ausspruch auf den Fürsten Bismarck zutrifft. (Unruhe bei den Polen.)

Auf die gegenwärtige Regierung trifft er nicht zu. Wir hoffen die Polen nicht. Wir sehen sie als Mitbürger an — schwierige Mitbürger zu Zeiten, zeitweise auch verirrte Mitbürger von unserem Standpunkte aus, aber immer unsere Mitbürger, mit denen zusammen wirken zu können zum Besten des Staates uns zu allen Zeiten eine Freude sein wird. (Bravo!)

Wir stehen in Bezug auf das Ansiedlungsgesetz und in Bezug auf das ganze politische Leben auf dem Standpunkt des Gesetzes und sind gewillt, die bestehenden Gesetze gegen Polen und gegen Deutsche, für Polen und für Deutsche gleichmäßig zur Anwendung zu bringen.

Wenn nun polnischerseits der Wunsch laut geworden ist, sich der Regierung mehr zu nähern, so kann uns das ja nur recht sein. Aber es ist doch natürlich, daß wir, als dieser überraschende Wunsch zuerst bei einer Reichstagsdebatte im vorigen Jahre auch zum praktischen Ausdruck dadurch kam, daß die polnische Fraktion, die sich sonst der Vermehrung deutscher Wehrkraft widersetzt hatte, für diese Vermehrung eintrat, daß wir uns da die Frage vorlegten: Was mag denn der Grund zu dieser veränderten Stellung sein? Wenn über hundert Jahre Deutsche und Polen gemeinsam in nichtfreundschaftlichen Verhältnissen gelebt haben, so war es vom deutschen Standpunkt erklärlich, daß man diesen Umschwung, wenn auch erfreulich, so doch überraschend fand. Man konnte glauben: Haben die Gesetze, über die die Polen so viel geklagt haben, Sprachgesetz, Gerichtsgesetz, Schulgesetz, haben die doch am Ende so stark gewirkt, daß polnischerseits eine Nachgiebigkeit als Folge dieser Wirkung auftritt — oder halten die Polen die jetzige Regierung für so schwach, daß sie glauben, ihr etwas bieten zu können, was sie der vorigen Regierung nicht geboten haben? (Zurufe rechts.) Die Staatsregierung hat keine dieser Auslegungen acceptirt. Sie hat sich an die Thatsache gehalten, daß ein freundlicherer Ton von Seiten der Polen angeschlagen wurde. Sie hat aber doch nicht vergessen können, daß in der Epoche, die die Provinz Posen mit dem preußischen Staate verbindet, Zeiten dagewesen sind, in denen wir schon ähnliche Klänge gehört haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich darf erinnern an die ersten Zeiten der Regierung Friedrich Wilhelm IV. — und ich will nicht erinnern an das, was darauf folgte, um nicht Wunden wieder aufzureißen, von denen wir ja auch hoffen: sie vernarben, — um nicht einen scharfen Ton in die Debatte zu bringen, denn ich habe heute zum ersten Male das Vergnügen gehabt, den Herrn Vorredner sprechen zu hören; ich habe aber in den stenographischen Berichten über seine sonstigen Reden mich zu orientiren gesucht und kann mit Freude heute feststellen, daß sein Ton ein gemäßigterer war als früher. Ich möchte nicht dazu beitragen, daß der frühere Ton wieder angeschlagen würde. Die Botschaft dieses sanfteren Tons haben wir gehört, der volle Glaube hat uns aber hier und da noch gefehlt; aber (Abg. Dr. v. Jazdzewski: Kommt noch!) — Gehen Sie voraus; das stehen wir vor! (Heiterkeit.) Dann kommen wir mit Ihnen. Wir stehen — ich wiederhole es — auf dem Boden des Gesetzes und glauben da einen sicheren Boden unter uns zu haben. Jetzt kommen polnische Mitbürger, die so lange gegrollt haben, und winken uns: kommt her. Wir sind vorsichtig, unseren sicheren Boden zu verlassen und uns auf ein unbekanntes Terrain an der Hand unserer neuen Freunde zu begeben. Aber wir wollen das nicht abweisen; im Gegentheil, wir sind Ihnen in einzelnen kleinen Dingen nachgekommen. Gehen Sie weiter auf dem Wege der Versöhnung, so werden Sie es der Regierung und den Deutschen in der Provinz Posen möglich machen, Ihnen auch weiter zu folgen. Ich habe mich gegenüber einem der Herren, die mit mir darüber sprachen, des Gleichnisses bedient: Sie machen uns ein freundliches Gesicht; das freut uns, aber Sie können nicht verlangen, daß wir Ihnen nun um den Hals fallen. (Heiterkeit.) Wir wollen wieder freundlich sein, aber wir wollen abwarten, wie diese der preußischen Regierung wohlwollende Entwickelung sich weiter gestaltet, und werden in dem Maße Ihnen folgen, als Sie uns vorangehen. (Sehr richtig!) Das Ansiedlungsgesetz, welches wir für eins der wichtigsten halten, jetzt aufzugeben, dazu sind die Motive des Wohlwollens, das uns von der anderen Seite entgegengebracht worden ist, noch nicht gewichtig genug. (Bravo!)

Abg. Seer (nl.): In der kurzen Zeit konnte allerdings noch nicht viel geleistet werden. Wenn der Vorredner dagegen ist, daß bei Subhastationen angekauft werden soll, so ist das nicht zu verstehen. Freiländig wollen die Polen nicht verkaufen, wie soll denn die Kommission Güter erwerben? Daß die Evangelisirung bevorzugt werden, ist richtig, man hätte vergleichen müssen, wie viele Katholiken sich gemeldet haben, und wie viel angesiedelt sind. Wenn sich keine Katholiken melden, dann können sie nicht angesiedelt werden. Herr von Jazdzewski will das Gesetz ausdehnen auf alle Provinzen. Wenn er es für so gut hält, dann muß er es auch in Posen gelten lassen

Abg. Rickert: Ich bezweifle, daß die vorige oder die jetzige Regierung die Evangelisirung bevorzugt hat oder bevorzugen will. Wenn die Polen sich auf den Standpunkt des Ministeriums stellen, so werden sie wohl begreifen, daß die Regierung nicht geneigt sein kann, jetzt nach so kurzer Zeit von dem Gesetze zurückzutreten Jedenfalls ist ein erfreuliches Ergebniß festzustellen: Der Ton ist auf beiden Seiten ein anderer, besserer geworden, man macht sich freundliche Gesichter und darüber können wir uns nur freuen. Daß die bedenklichen Folgen des Ansiedlungsgesetzes auch von Konservativen anerkannt werden, geht aus verschiedenen Aeußerungen hervor. Das Gesetz, welches die Versetzung der Schulherre gestattete, hat entschieden schlecht gewirkt. Diese Versetzungen sollen ja auch eingestellt worden sein. Der Reichskanzler hat darin Recht; in 5 Jahren kann man von einem solchen Gesetz eine Wirkung noch nicht erwarten. Ich bin der Meinung, daß das Gesetz dem Deutschtum nicht geholfen hat. (Sehr wahr! bei den Polen.) Ich bin schon erfreut darüber, daß wir Männer in der Regierung haben, welche an diesem Gesetze kein persönliches Interesse haben. Ich will dem Fürsten Bismarck keinen Vorwurf machen; aber der Ton, in welchem er zu den Polen sprach, war ein ganz anderer. Ich hoffe, daß die freundlichen Gesichter gegenüber unseren polnischen Brüdern dauern werden, daß heute der Anfang einer Versöhnung ist, welche zum Heile der Vaterlandes dient. (Beifall links, im Zentrum und bei den Polen.)

Abg Graf Limburg-Stirum: Die Konservativen stehen im Wesentlichen noch auf demselben Standpunkte, auf welchem sie beim Erlaß des Gesetzes gestanden haben. Die Maßregeln waren nicht aggressiv gegen die Polen, sondern defensiv für das Deutschthum. Die Polen förderten durch die deutschen Gesetze und die deutschen Schulen wirthschaftlich, sonderten sich aber sozial und gingen aggressiv gegen das Deutschthum vor, und es lag im Wesen der Dinge, daß die polnisch-katholischen Geistlichen ihren großen kirchlichen Einfluß benutzten, um nicht allein die Interessen der Kirche, sondern auch die polnischen Interessen zu fördern. Wenn wir dem gegenüber das Deutschthum schützten, so wird man uns das nicht verdenken können. Ueber das Ansiedelungsgesetz und seine Wirkung kann man sich jetzt noch keine Anschauung bilden, es steht aber zu hoffen, daß es für die Zukunft wirken wird zur Stärkung des Deutschthums. Die zukünftige Gestaltung wird davon abhängen, daß die polnischen Angehörigen sich zeigen als ganze Angehörige des Deutschen Reichs, und daß die Gedanken auf eine Wiederherstellung des polnischen Reichs verschwinden. (Zuruf: Die Kamellen!) Die „ollen Kamellen" sind noch nicht ganz abgestorben. So lange das nicht eingetreten ist, können wir auf eine vorsichtige Haltung den Polen gegenüber nicht verzichten. Heute mit über eine Aeußerung des Ministerpräsidenten; wir werden vollkommen dem Wege folgen, den der Ministerpräsident uns vorgezeichnet hat. Die Schwankungspolitik, die früher befolgt ist, hat schwere Nachtheile gebracht. (Sehr richtig!) Es wird sich wieder bitter strafen, wenn nicht eine feste Haltung beobachtet wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Czarlinski: Wie oft sollen wir wiederholen, daß wir die Verfassung beschworen haben und halten werden. (Zustimmung links und im Zentrum.) Ich fordere Beweise für unsere Illoyalität, wir sind Angehörige des preußischen Staats, aber wir sind Polen und wollen Polen bleiben, alles Andere sind leere Phrasen. Ich stelle mit Genugthuung fest, daß der Reichskanzler in einem anderen Tone gesprochen hat, daß er das Entgegenkommen nicht abweist. Aber wenn der Reichskanzler sagt: Verlangen Sie nicht, daß wir Ihnen um den Hals fallen, so kann ich sagen: Wir wollen nicht geradezu verlangt, sondern nur Gerechtigkeit. Von einer Versöhnung der Nationalitäten kann doch keine Rede sein, so lange dieses Gesetz besteht. Wenn die Gelder der Polen benutzt werden, um die Polen auszukaufen, wenn die Polen von der Kolonisation ausgeschlossen werden! An den Einrichtungen des Staates sollen alle seine Unterthanen Theil nehmen. Wie will man es rechtfertigen, daß auf diese Weise das Rechtsbewußtsein des Volkes vernichtet wird? Es ist schon manches andere Gesetz wieder aufgehoben worden, und nach dem Wiederaufheben dieses Gesetzes wird sich Niemand sehnen. Die Ansiedelungen von anderen Gegenden wird nicht nach Posen kommen; wenn man die Arbeiter ansässig machen will, muß man polnische Arbeiter ansiedeln. Das Gesetz sollte nicht gegen den polnischen Bauernstand gerichtet sein, aber die Thatsachen besagen das Gegentheil. Der starken Vermehrung des polnischen Volksstammes kann man doch nicht entgegentreten, weder mit diesem, noch mit einem anderen Gesetze.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (fk.): Wie meine politischen Freunde 1886 mit voller Ueberzeugung für dieses Gesetz eingetreten sind, werden sie sich auch durch nichts bewegen lassen, von demselben abzugehen. Daß mit diesem Gesetze das Richtige getroffen ist, beweist der Ton der heutigen Debatte, das Entgegenkommen der Polen. Aber die Vorsicht, von der der Reichskanzler gesprochen, ist nothwendig; bisher haben wir nur Worte gehört, mögen die Herren Polen Thaten folgen lassen. (Zuruf der Polen: Was für Thaten?) Ursächlich ist es nicht allein das Wohl des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Ich freue mich, daß die Regierung auf dem alten Boden festen bleiben will. Der Zufall, daß ein Sprachenerlaß zusammenfiel mit dem Ministerwechsel, hat zu Beunruhigung Veranlassung gegeben; dieser Zufall hätte vermieden werden können, denn es sind dadurch unter den Deutschen allerlei Befürchtungen hervorgerufen worden. Möge die Staatsregierung sich nicht durch das freundliche Gesicht der Polen vom ihrem heutigen Standpunkte ableiten lassen; möge sie an der bisherigen Politik festhalten. (Bravo rechts.)

Abg. v. Jazdzewski: Worte des Wohlwollens seitens der Regierung haben wir mehrfach gehört, von Thaten des Wohlwollens haben wir sehr wenig gesehen. Bemerkenswerth ist, daß der neue Sprecherlaß so viel Befürchtungen hervorgerufen haben soll. Was bringt denn der Erlaß? Es wird der polnischen Bevölkerung erlaubt, ihre Kinder privatim im Polnischen unterrichten zu lassen. Von uns verlangt man Thaten, während Herr v. Tiedemann sich schon beunruhigt fühlt, wenn ein polnisches Kind privatim in Polnischen unterrichtet wird. Wir Polen erfüllen unsere Pflicht vollständig. Wir bezahlen unsere Steuern, unsere Soldaten haben in den deutschen Kriegen mitgefochten, was wirft man uns dann noch vor? Es ist bedauerlich, daß die Regierung sich von der Unbrauchbarkeit dieser Polengesetze noch nicht überzeugt hat, daß sie mit großer Zähigkeit daran festhält. Was die Wiedererrichtung eines Polenreiches anbetrifft, so fordern die Herren eine Erklärung, die wir gar nicht angeben können. Wir können doch nicht im Namen unserer Wähler über die Zukunft unserer Nationalität eine Erklärung abgeben! Der russische Kaiser Alexander verlangte 1809 auch von Napoleon die Erklärung, daß Polen nicht wieder hergestellt werden solle. Napoleon hat gesagt, er könne erklären, daß er dazu nicht beitragen wolle, aber etwas Weiteres wäre ein Eingreifen in die Rechte Gottes. Wenn Gott ein polnisches Reich wiederherstellen will, so können wir nichts dagegen einwenden. Wir können nur erklären, daß wir, so lange wir dem preußischen Staate angehören, unsere Pflicht mit voller Loyalität erfüllen wollen. Die Abweisung, welche wir heute von der Staatsregierung erfahren haben, wird uns nicht abhalten, mit unserer Forderung stets von Neuem wiederzukommen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Sombart (nl.): Daß die Kolonisation wirthschaftlich nicht günstig gewirkt hat, ist nicht richtig. Gerade die Ansiedlungen kleiner ländlicher Besitzer, welche persönlich mitarbeiten, ist das einzig richtige. Von den zahlreichen Bewerbern hat nur ein kleiner Theil berücksichtigt werden können. Zahlreiche Bewerber haben sich gemeldet, trotzdem die Anforderungen erhöht worden sind; es wird ein Kapital von 6000 statt bisher von 4000 ℳ verlangt. Unter keinen Umständen darf man die Sache jetzt im Stich lassen, sondern muß sie energisch fortsetzen. Die Auswanderung hat seit 1886 sichtlich abgenommen; denn die Auswanderung fand nur statt, weil die Leute kein Areal hatten, um sich anzusiedeln.

Abg. v. Stablewski behält sich, da der Ministerpräsident den Saal verlassen hat, vor, auf seine Ausführungen bei anderer Gelegenheit zu antworten.

Der Etat der Ansiedelungskommission wird darauf genehmigt; die Denkschrift der Kommission wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Der G.C. wegen Abänderung von Amtsgerichtsbezirken wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Der G.C., betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen wegen der Pensionirung der Gemeindebeamten in den Landgemeinden der Rheinprovinz wird nach kurzer Debatte einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs einer Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Zu § 5 beantragt Abg. Wißmann für die Erwerbung des Bürgerrechts keinen Zensus einzuführen.

Die Abgg. Wißmann und Zelle (dfr.) treten für den Antrag ein, während die Abgg. Grimm (nl.) und Althaus (k.), sowie der Geh. Ober-Regierungsrath Halbey den Antrag bekämpfen, weil er von den Vorschriften abweiche, die auch in anderen Städteordnungen in Geltung seien.

Der Antrag Wißmann wird abgelehnt. Dasselbe Schicksal hat ein Antrag zum § 17, welcher die richterlichen Beamten und die Elementarlehrer als Stadtverordnete zulassen will, während die Vorlage dies verbietet. Auch ein Antrag Wißmann zum § 25, statt der öffentlichen, die geheime Abstimmung bei der Stadtverordnetenwahl einzuführen, wird abgelehnt, nachdem die Freisinnigen und das Zentrum sich dafür erklärt und auch Abg. Grimm anerkannt hatte, daß die geheime Abstimmung das Richtige sei, daß aber jetzt diese principielle Frage nicht erledigt werden könne.

Ein Antrag des Abg. Wißmann zum § 33, wonach nur die Bürgermeister, nicht aber die besoldeten Magistratsmitglieder der Bestätigung unterliegen sollen, wird von den Abgg. Riesch und Schaffner, sowie vom Geh. Rath Halbey bekämpft und abgelehnt.

Einige redaktionelle Anträge des Abg. Zelle werden unter Zustimmung der Regierung angenommen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberathung.)

Parlamentarisches.

* Die Landgemeindeordnungs-Kommission des Herrenhauses gelangte in der Berathung der Vorlage gestern Nachmittag bis § 47. Sämmtliche Paragraphen wurden unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Ueber § 48 (Betheiligung des Stimmrechts) erhob sich eine längere Debatte, welche am Montag fortgesetzt werden soll.

* In der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses kam am Donnerstag Abend die Petition des „Vereins für Schulreform" zur Verhandlung, welche dahin geht, daß 1) die Schulreform von den Beschlüssen der Dezemberkonferenz losgelöst und 2) die Schulen auf Grund der Beschlüsse des genannten Vereins begründet werde, welche eine sechsklassige einheitliche Mittelschule fordern als gemeinsamen Unterbau für alle höheren Schulen. Der Referent der Kommission, Abg. Seyffardt-Magdeburg ist der Ansicht, daß die Dezemberkonferenz allerdings so zusammengesetzt gewesen s